

Wohnungsverband: Wasser bis zu fünf Prozent teurer

Berlin -- Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) rechnet damit, daß die angekündigte Erhöhung der Wasserpreise zum Jahreswechsel von zwei bis drei Prozent höher ausfällt. „Wir befürchten einen nochmaligen Anstieg der Preise um bis zu fünf Prozent“, sagte BBU-Chef Ludwig Burkardt der Berliner Morgenpost.

Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) versucht derzeit,

seinen Koalitionspartner von der SPD zu einer Systemveränderung bei den Wassertarifen zu bewegen. Anstatt wie bisher jeden Liter gleich abzurechnen, favorisieren Wolf, die Berliner Wasserbetriebe und die Wirtschaft die Trennung in einen Grundpreis und einen mengenabhängigen Verbrauchspreis. Mit seinen Vorschlägen für den Systemwechsel blitzte Wolf in der vergangenen Woche bei den Wirtschaftspolitikern der SPD jedoch ab. *Seite 11*

Wasserpreise sollen kräftig steigen

Wohnungsunternehmen fürchten drastische Erhöhung – Senator argumentiert mit steigenden Investitionen

VON GUNTRAM DOELFS
UND JOACHIM FAHRUN

Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) gibt nicht auf. Wie schon vor Jahresfrist versucht der Senator, seinen Koalitionspartner von der SPD für eine Systemveränderung bei den Wassertarifen zu bewegen. Bisher aber gibt es in der Koalition keine Einigkeit.

Anstatt wie bisher jeden Liter gleich abzurechnen, wünschen sich Wolf, die Berliner Wasserbetriebe (BWB) und die Wirtschaft wie beim Telefon die Trennung in einen Grundpreis und einen mengenabhängigen Verbrauchspreis. Dies sei angemessen, weil die teure Infrastruktur wie Kanäle und Pumpwerke auch bei sinkendem Verbrauch unterhalten werden müsse. Sprecher Stephan Natz sagte, die BWB hätten in diesem Jahr weniger verkauft als im Vorjahr. Dennoch habe der Konzern „weiter in eine wachsende

Infrastruktur investiert und zudem in diesem Jahr bislang zwei Millionen Kubikmeter Wasser weniger verkauft“. Zudem hätten sich die Kosten für Energie „kräftig verteuert“.

Aber mit seinen Vorschlägen für den Systemwechsel zum 1. Januar 2006 blitzte Wolf in der vergangenen Woche bei den Wirtschaftspolitikern der SPD ab. Der Arbeitskreis der Sozialdemokraten steht dem Vorhaben zumal in der Kürze der Zeit skeptisch gegenüber. Bereits vor gut einem Jahr war Wolf mit seinem neuen Wassertarifsystem im Senat am Widerstand des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) gescheitert. „Das müssen wir noch einmal tiefgehender beraten“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Günter Krug.

Die Sozialdemokraten befürchten,

daß Unternehmen und andere Großverbraucher künftig durch Mengenrabatte entlastet würden und private Haushalte mehr bezahlen müssen. Wolfs Vorschlag enthielt jedoch noch keine Rabatte für Großverbraucher.

Wegen der Verweigerung der Sozialdemokraten wird es also nicht zu einem Systemwechsel, wohl aber zu einer erneuten Erhöhung der Wasserpreise zum neuen Jahr kommen.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) rechnet mit einem höheren Anstieg als bislang von den Wasserbetrieben angekündigt. „Wir befürchten einen nochmaligen Anstieg der Preise um bis zu fünf Prozent“, sagte BBU-Chef Ludwig Burkardt dieser Zeitung. Nach Tarifierhöhungen von bislang mehr als 20 Prozent in den

vergangenen beiden Jahren haben die Wasserbetriebe bereits eine weitere Erhöhung von zwei bis drei Prozent zum Jahreswechsel angekündigt.

Burckhardt begründet seine Warnung mit einer Entscheidung von Wirtschaftssenator Wolf, die Verzinzung des sogenannten betriebsnotwendigen Kapitals der Wasserbetriebe nach 6 Prozent (2004) und 6,5 Prozent (2005) auf 6,9 Prozent für das kommende Jahr festzusetzen. „Die ständig steigende Verzinzung des Eigenkapitals ist die wesentliche Basis für die seit Jahren steigenden Wassertarife“, warnt der BBU-Vorstand. Schon jetzt würden in Berlin die höchsten Wasserpreise im Bundesvergleich gezahlt, ein durchschnittlicher Haushalt in Berlin zahle bis 200 Euro pro Jahr mehr an Wassergebühren als ein vergleichbarer Haushalt in München, kritisierte Burkardt. Seit Monaten versucht der BBU deshalb, vor Gericht Akteneinsicht in die

Tarifikalkulation der Wasserbetriebe zu bekommen. Ohne Erfolg bislang, das Verfahren liegt jetzt vor dem Oberwaltungsgericht.

Hintergrund der aktuellen Diskussion ist die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe im Jahr 1999. Damals wurden 49,9 Prozent der Anteile für 1,68 Milliarden Euro an die privaten Investoren RWE und Veolia verkauft. Im Kaufvertrag wurden den Investoren eine „angemessene Verzinzung“ des Eigenkapitals zugesichert, was durchaus üblich ist. Allerdings vermutet der BBU, daß die Verzinzung „zur Gewinnmaximierung“ deutlich zu hoch angesetzt wurde.

Aber auch der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) erwartet eine erhebliche Gewinnabführung der Wasserbetriebe. Im kommenden Jahr sollen 47 Millionen Euro, und im Jahr darauf sogar 69 Millionen Euro in seine Kasse fließen.



Senator Harald Wolf

Wasser wird noch teurer: Preis steigt 2,5 Prozent

Die rot-rote Koalition will vor der Wahl 2006 kein neues Tarifmodell,
das Großkunden auf Kosten von Eigenheimbesitzern entlastet

VON ULRICH ZAWATKA-GERLACH

Zum dritten Mal seit 2004 sollen die Wasserpreise im nächsten Jahr steigen: diesmal um zwei bis 2,5 Prozent. Der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe (BWB) werde einer solchen Tarifierhöhung im November zustimmen, verlautet aus Koalitions- und Unternehmenskreisen. Ein neues Tarifmodell aber, das einen Grundpreis und gestaffelte Mengenpreise vorsieht und das die Wirtschaftsverbände und Kammern energisch fordern, wird vorerst nicht eingeführt. Diese politisch brisante Entscheidung will der Senat vor der Abgeordnetenhauswahl 2006 nicht mehr treffen.

In 95 Prozent der deutschen Kommunen ist ein geteilter Wasserpreis üblich. Der Grundpreis garantiert dem Wasserversorger eine feste Einnahme unabhängig vom Verbrauch. Hinzu kommt ein Mengenpreis, der umso günstiger ist, je mehr Wasser abgenommen wird. Gewerbliche Großverbraucher und große Wohnhäuser mit einer gemeinsamen Wasseruhr werden so begünstigt. Wer in Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnt, muss dagegen pro Kubikmeter Trink- und Schmutzwasser mehr zahlen.

Wegen dieser ungleichen Belastung schrecken SPD und Linkspartei davor zurück, die Tarifstruktur ausgerechnet im Wahljahr 2006 zu ändern. Wirtschafts-senator Harald Wolf (PDS), der unbeirrt für das neue Modell wirbt, holte sich kurz vor den Herbstferien in der SPD-Abgeordnetenhausfraktion die endgültige Abfuhr. „Grundsätzlich sind wir für den Grund- und Mengenpreis“, sagen der SPD-Haushalter Stefan Zackenfels und der PDS-Jurist Klaus Lederer. Aber das Zahlenmaterial des Wirtschafts-senators sei schwer

nachzuvollziehen. „Wir wollen genau wissen, wer die Gewinner und die Verlierer einer solchen Tarifreform sind“, sagt Zackenfels. „Die Umverteilung zugunsten der gewerblichen Wirtschaft muss sich im Rahmen halten“, fordert Lederer.

Auch im Senat konnte man sich bisher nicht einigen. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat sich von Anfang an gegen das neue Tarifmodell gestellt. Nun soll das strittige Thema erst nach der Berliner Wahl im Herbst 2006 in den Koalitionsverhandlungen besprochen werden.

Dann dürften auch Überlegungen zur Sprache kommen, in Berlin einen Anschlusszwang an das Netz der Wasserbetriebe einzuführen. Denn einige Großkunden der Berliner Wasserbetriebe drohen bereits damit, sich auf eigene Kosten Brunnen zu bohren und dort Grundwas-

ser für ihre gewerbliche Produktion zu entnehmen. So ließen sich, trotz der hohen Grundwasserentnahmegebühren, bis zu 50 Prozent der Wasserkosten sparen. Doch wenn es weniger Abnehmer und damit geringeren Umsatz bei hohen Fixkosten gibt, dürfte dies die Preisspirale für die verbliebenen Kunden erst so richtig in Schwung bringen.

Die Wasserkosten in Berlin sind – im bundesweiten Vergleich – schon jetzt fast konkurrenzlos hoch. Nur in Sachsen und Thüringen liegen die durchschnittlichen Preise 2005 über dem Berliner Niveau, wie einer Statistik des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft zu entnehmen ist. Zurzeit klagen zwei landeseigene Wohnungsunternehmen gegen die „unbilligen Tarife“ der Wasserbetriebe, die seit Januar 2004 um 21,4 Prozent gestiegen sind.

VER- UND ENTSORGUNGSKOSTEN

Schon 2005 mussten Kunden mehr zahlen

WASSER

Von 1996 bis 2003 blieben die Wasserpreise in Berlin stabil. Am 1. Januar 2004 wurde das Trinkwasser um 11,7 Prozent und das Abwasser (inklusive Regenwasser) um 17,6 Prozent teurer. Am 1. Januar 2005 haben die Berliner Wasserbetriebe (BWB) den Preis für Trinkwasser um weitere 5 Prozent und für Abwasser um 5,8 Prozent erhöht.

GAS

Zum 1. Oktober 2005 hat die Gasag die Preise um acht bis 15 Prozent erhöht. Ein durchschnittlicher Haushalt (Jahresverbrauch: 20 000 Kilowattstunden) muss künftig 10,9 Prozent mehr zahlen. Bereits im Dezember 2004 waren die Gaspreise in Berlin um sechs bis acht Prozent gestiegen. Im bundesweiten Vergleich sind die Gasag-Tarife noch günstig.

STROM

Vattenfall (ehemals Bewag) erhöhte die Strompreise in Berlin zum 1. Januar 2005 um durchschnittlich 4,7 Prozent und gab kürzlich eine Preisgarantie „bis deutlich in das Jahr 2006 hinein“ ab.

MÜLL

Die Abfallentsorgung in Berlin wurde am 1. Januar 2005 um durchschnittlich 14,4 Prozent teurer. za

Das Duschen wird teurer

Wasserbetriebe erhöhen die Preise: 4,3 Prozent mehr für Trinkwasser

VON PETER NEUMANN

Alle Jahre wieder: Zum 1. Januar 2006 müssen fast alle Kunden der Berliner Wasserbetriebe (BWB) erneut mit Preiserhöhungen rechnen. Nach Informationen der Berliner Zeitung soll das Tarifniveau im Durchschnitt um rund 2,5 Prozent steigen. Je nach Leistung fällt die Verteuerung unterschiedlich aus. So werden für Trinkwasser 4,3 Prozent mehr fällig, die Gebühr für die Abwasserentsorgung steigt um 0,5 Prozent. Die Ableitung von Niederschlagswasser verteuert sich um 3,6 Prozent. Wer seine Fäkäliengrube von den BWB leeren lässt, muss 1,9 Prozent mehr zahlen. Nur die Entsorgung von Fäkalschlamm wird billiger: um fast 20 Prozent. Das sieht die Beschlussvorlage des BWB-Vorstands vor, über die der Aufsichtsrat im November berät.

Stephan Natz, der Sprecher des Unternehmens, wollte sich nicht zu den Tarifplänen äußern. Er bestätigte jedoch, dass die Ausgaben gestiegen sind. „Da sind zum einen die höheren Energiekosten – jeder einzelne Kubikmeter muss gepumpt werden. Zum anderen setzen wir die Erschließung neuer Siedlungsgebiete fort“, sagte er. Rund ein Fünftel der jährlichen Investitionen, zirka 50 Millionen Euro, kommt dem Ausbau des Kanalnetzes zugute. Natz: „Wir ha-

Kräftige Erhöhung

Aufwärts: Zum 1. Januar 2005 stieg in Berlin der Trinkwasserpreis um fünf Prozent, die Gebühr für die Entsorgung von Abwasser um 5,8 Prozent. Ein Jahr zuvor hatten die BWB diese Tarife um 11,7 bzw. 17,6 Prozent erhöht. 2004 gab jeder Berliner im Durchschnitt monatlich 17,89 Euro fürs Wasser aus – einen Euro mehr als 2003.

Abwärts: 2004 verbrauchte jeder Berliner durchschnittlich 117 Liter Wasser pro Tag – 2003: 127.

ben mehr Infrastruktur, verkaufen aber immer weniger Wasser – seit Anfang Januar rund 2,5 Millionen Kubikmeter weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres.“

Auch Dieter Blümmel, Sprecher des Verbandes Haus und Grund, geht davon aus, dass das Tarifniveau bei den Wasserbetrieben um rund 2,5 Prozent steigt. Doch den wahren Grund sieht er woanders: Bei der Teilprivatisierung des Unternehmens 1999 hat der Senat den Investoren Veolia und RWE eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals garantiert. Blümmel: „Wenn der Senat der geplanten Erhöhung der Wasserpreise nicht zustimmen würde, müsste er die Differenz aus der

Steuerkasse zahlen.“ Darum sei es wahrscheinlich, dass Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) auch gegen diese Tarifanhebung keinen Widerstand leistet.

„Damit ist der Preis innerhalb von zwei Jahren um ein Viertel gestiegen. Den Kunden wird hemmungslos in die Tasche gegriffen“, sagte Ludwig Burkardt, Chef des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Der Senat drehe an der Preisschraube mit, weil er jedes Jahr eine höhere Verzinsung des BWB-Eigenkapitals festlegt.

Senator Wolf fordert zusammen mit den Wasserbetrieben und Wirtschaftsverbänden, dass jeder Kunde künftig einen Grund- und einen Mengenpreis zahlt – heute wird nur nach Kubikmeterzahl abgerechnet. „Damit würden große Unternehmen entlastet“, sagte Holger Lunau, Sprecher der Industrie- und Handelskammer. Doch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) lehnt dies ab – er befürchtet zusätzliche Belastungen für Eigentümer von Einfamilienhäusern. Auch SPD-Haushälter Stefan Zackenfels ist skeptisch: Es bestehe die Gefahr, dass Erhöhungen der Wasserpreise künftig „ungleich verteilt“ werden. Zudem nähmen Grundpreise den BWB den Anreiz, ihre Kosten weiter zu senken. Erst ab 2007 seien neue Tarifmodelle denkbar.

Kritik an hohen Wasserpreisen

Die Grünen sehen die Schuld an den weiter steigenden Wasserpreisen beim Senat. Die für 2006 geplante Erhöhung der Preise um zwei bis drei Prozent sei die dritte Preissteigerung seit 2004, erklärte gestern die Grünen-Fraktionsvorsitzende Sibyll Klotz. Die Bürger würden so die „Zeche für die planlose Wasserpolitik des Senats zahlen“. Die Verbraucherzentrale Berlin bezeichnete die Preisentwicklung bei den Wasserbetrieben als dramatisch. Die Privathaushalte würden zur Kasse gebeten, obwohl es keine Alternativen gebe. Unterdessen dementierten die Berliner Wasserbetriebe (BWB) Medienberichte über stärker steigende Wasserpreise. Die vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) geäußerten Befürchtungen, die Wasserpreise würden um bis zu fünf Prozent steigen, entbehrten jeder Grundlage, so BWB-Sprecher Stephan Natz. Der BBU geht laut einem Zeitungsbericht davon aus, dass die Wasserpreiserhöhung zum Jahreswechsel zwei bis drei Prozent höher ausfällt.

DDP/DPA